

Antrag

der Abgeordneten Christian Dürr, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Ulla Ihnen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Wieland Schinnenburg, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Andrew Ullmann, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Handeln statt Reden – Kleine und mittlere Einkommen dauerhaft entlasten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die hohe Belastung gerade kleiner und mittlerer Einkommen wird immer mehr zum zentralen Gerechtigkeitsproblem des deutschen Wirtschaftssystems. Die steuerliche Belastung der arbeitenden Menschen in Deutschland ist im internationalen Vergleich extrem hoch. Gerade auf kleine und mittlere Einkommen wirkt sich die Progression im Einkommensteuertarif besonders fatal aus. Von Gewerkschaften erkämpfte und von den Arbeitnehmern erwirtschaftete Gehaltserhöhungen werden zu einem viel zu großen Teil von Steuern und Abgaben aufgezehrt. Für die Soziale Marktwirtschaft ist das ein großes Problem, denn ein realistisches Aufstiegsversprechen durch Arbeit ist von ganz besonderer Bedeutung für das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem und für den sozialen Zusammenhalt.

Ein breites Bündnis gesellschaftlich relevanter Akteure fordert daher eine Korrektur des Einkommensteuertarifs mit dem Ziel einer spürbaren Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Dazu gehören unter anderem:

- der Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine,
- der Bund der Steuerzahler,
- der Deutsche Gewerkschaftsbund,
- der Deutsche Beamtenbund,
- der Deutsche Industrie- und Handelskammertag,
- die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände,

- die Familienunternehmer,
- der Kronberger Kreis – wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft,
- die Christlich Demokratische Union Deutschlands,
- die Christlich-Soziale Union in Bayern,
- die Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- die Freie Demokratische Partei,
- die Partei DIE LINKE.,
- die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- einen Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes mit einer spürbaren Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen ab dem 1. Januar 2021 vorzulegen sowie
- eine Finanzplanung vorzulegen, in der bis 2024 in mehreren Etappen die vollständige Abschaffung der starken Steuerprogression für kleine und mittlere Einkommen („vollständige Abschaffung des Mittelstandsbauchs“) unter Einhaltung der Schuldenbremse vorgezeichnet und gegenfinanziert wird.

Berlin, den 27. Oktober 2020

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Aus internationaler Perspektive ist die Abgabenbelastung gerade kleiner und mittlerer Einkommen in Deutschland viel zu hoch. So lag in Deutschland der Anteil von Steuern und Sozialabgaben an den Arbeitskosten für alleinstehende Durchschnittsverdiener im Jahr 2018 bei 49,5 Prozent, nach Belgien der zweithöchste Wert innerhalb der OECD. Deshalb empfiehlt die OECD, die Besteuerung des Erwerbseinkommens in Deutschland zu verringern. Das wäre nicht nur gerecht, sondern laut OECD-Berechnungen könnten so zusätzliche Wachstumsimpulse gesetzt werden. Auch der Rat der Europäischen Union hat Deutschland in seinen länderspezifischen Empfehlungen aufgefordert, die hohe Steuer- und Abgabenbelastung insbesondere für Gering- und Zweitverdiener zu reduzieren.

In Deutschland weist ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Wissenschaftlern und Parteien seit Jahren auf die aus dem Ruder gelaufene Steuer- und Abgabenbelastung im unteren und mittleren Bereich der Einkommensverteilung hin, die es vielen leistungswilligen Bürgerinnen und Bürgern nahezu unmöglich macht, durch Fleiß und Bildung den sozialen Aufstieg zu schaffen. Selbst prominente Mitglieder der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen weisen regelmäßig auf dieses Problem hin.

Doch trotz dieser seit Jahren bekannten Befunde hat die Bundesregierung bisher auch in der seit drei Jahren laufenden 19. Wahlperiode keine echte Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen auf den Weg gebracht. Dabei muss spätestens die Corona-Krise als Weckruf ernstgenommen werden, denn sie bringt besonders die geringer bis durchschnittlich bezahlten Arbeitsplätze in Gefahr. Eine geringere steuerliche Belastung würde dazu beitragen, diese Arbeitsplätze auch nach Auslaufen des Kurzarbeitergeldes zu erhalten.

Deshalb wird der Deutsche Bundestag jetzt aktiv und fordert die Bundesregierung dazu auf, die ersten beiden Schritte zur Lösung des Problems zu gehen:

- Bereits ab dem 1. Januar 2021 brauchen wir eine erste Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen bei der Einkommensteuer. Dazu muss das Gesetzgebungsverfahren jetzt beginnen.
- In den folgenden drei Jahren muss die Entlastung haushaltsverträglich so weitergeführt werden, dass der leistungsfeindliche „Mittelstandsbauch“ des Einkommensteuertarifs ab 2024 der Vergangenheit angehört.

Bloßes Reden genügt nicht mehr. Handeln wir endlich. Jetzt.

Oder frei nach Karl Marx: Die Verbände, Ökonomen und Parteien haben die Welt ähnlich interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.

